

Fahrplan für Fusion gerät ins Stocken

Mehr Informationen über Vor- und Nachteile einer Fusion wurden unlängst in der Föritzer Gemeinderats-sitzung gefordert. Gegen die Fusion ist ein Bürgerbegehren formuliert – per Brief nimmt dazu Günter Schubart (SPD) Stellung.

Föritz – „Was diese Bürger bewegt, die Mehrheitsentscheidung des Gemeinderates nicht zu akzeptieren, ja im Gegenteil zu torpedieren, ist aus gemeindlicher Sicht nicht zu erklären“, kritisiert SPD-Gemeinderat Günter Schubart aus Föritz. Durch ein kürzlich eingereichtes Bürgerbegehren sieht er die lange vorbereitete Fusion von Föritz mit Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz in Gefahr.

Im Dezember 2015 haben die Gemeinderäte von Föritz, Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz gleichlautende Beschlüsse gefasst, um die bestehenden Gemeinden aufzulösen und ab dem 1. Januar 2018 eine neue, gemeinsame Kommune zu schaffen. Die Mehrheit aller drei Gemeinderäte hatte sich dafür ausgesprochen. Eine Gegenstimme aus Judenbach und vier Enthaltungen in Föritz sollen nicht unerwähnt bleiben.

„Seit Jahren haben die Gemeinden Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz Aktivitäten unternommen, um mit Föritz ins Gespräch zu kommen, sich zusammenzuschließen“, sagt Günter Schubart. Trotz der Devise des Bürgermeisters Roland Rosenbauer (CDU), Föritz habe auf Grund seiner Einwohnerzahlen keinen Handlungsbedarf, wurde die Mehrheit der Räte in Richtung Fusion aktiv.

„Es folgten Zusammenkünfte aller Gemeinderäte einschließlich der Bürgermeister unter Einbeziehung von Vertretern des Landratsamtes Sonneberg und Landtagsabgeordneter verschiedener Parteien. Wir suchten nach Möglichkeiten, enger zusammenzuarbeiten“, erklärt Schubart. Einblicke in die Haushaltspläne der anderen Gemeinden hätten sich so ergeben. Bei allen Beratungen sei mit offenen Karten gespielt worden. Nach Einsicht in Investitionen, notwendige finanzielle Ausgaben und Schulden, sei man zum Schluss gekommen, dass die Fusion der drei Gemeinden auf Augenhöhe möglich sei.

Verzögert bis Jahresende

Inzwischen kamen auch erste Vorgaben aus der schon lange debattierten Gebietsreform. So sollten die neuen Kommunen Einwohnerzahlen von 6500 bis 8000 aufweisen. Nun habe es auch in Föritz Handlungsbedarf gegeben. So wurden die Aktivitäten voran getrieben, um einen Zusammenschluss der drei Kommunen in der Freiwilligkeitsphase zu erreichen. Mit einer Einwohnerzahl von etwa 9000 erfülle die neue Gemeinde die vorgegebene Größenordnung – auch für die nächsten 20 Jahre.

Aus Schubarts Sicht gibt es zwei vorrangige Tätigkeitsfelder. Auf der

einen Seite Gespräche und Verhandlungen der Bürgermeister mit den zuständigen Behörden auf Kreis- und Landesebene zu Fragen der Fusion. Auf der anderen Seite Beratungen der drei Kommunen zur Gestaltung eines gemeinsamen Einigungs- oder Fusionsvertrages. „Hierzu sollten Vertreter der drei Gemeinden eine Verhandlungsgruppe bilden, die notwendige Schritte ermittelt, fest schreibt und Vorschläge als Grundlage für ein gemeinsames Vertragspapier darlegt.“ Im Gegensatz zu einer Eingemeindung – die Gemeinde geht in die größere Kommune über, der Spielraum für Verhandlungen ist begrenzt – stünden sich bei einer Fusion die drei Partner auf Augenhöhe gegenüber. Der gemeinsame Wille zum Zusammenschluss spiele die entscheidende Rolle.

Nicht sofort überstülpen

Einige Worte will Schubart zu gern zitierten Hindernissen für eine Fusion verlieren. „Natürlich gibt es in jeder Kommune des Landkreises unterschiedliche Steuersätze, Gebühren, Ausbaubeiträge ... Auch in diesem Fall ist das so. Doch es braucht niemand zu befürchten, dass über Nacht neue Gebühren, Steuersätze oder Beiträge übergestülpt werden. Hierzu gibt es gesetzliche Übergangsfristen und Regelungen, die eingehalten werden müssen.“

Die positive Entwicklung der Gemeinde Föritz und der Ortsteile sei Beweis, dass die höhere Leistungsfähigkeit einer größeren Gemeinde den Fortbestand und die Weiterentwicklung sichere. Im Falle der Fusion bedeute die neue Größe ein höheres Interesse möglicher Investoren, eine Sicherung des Schulstandortes, eine Verbesserung von Ordnung und Sicherheit, Erhöhung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehren, verstärkte Ansiedlung und Ausbau von Handwerk und Gewerbe, mehr Arbeitsplätze und gesteigerte Attraktivität für junge Leute. „Wir schaffen mit der Fusion eine wirtschaftlich starke Kommune, realisieren unsere Selbstverwaltung und geben neuen Generationen eine Grundlage für die Zukunft“, ist Schubart sicher.

Einzelne Bürger seien mit der aktuellen Entwicklung nicht einverstanden. So strebten drei Heubischer ein Bürgerbegehren an. Ziel sei die Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderates Föritz zur Fusion mit den Gemeinden Judenbach und Neuhaus-Schierschnitz. Ein entsprechender Antrag liegt der Gemeindeverwaltung seit 27. Januar vor. Ein Bürgerbegehren erfordere bis zu einem eventuellen Bürgerentscheid gesetzlich genau vorgegebene Schritte mit dazu gehörigen Zeitspannen. Frühestens Ende des Jahres gebe es ein Ergebnis.

Während dieser Zeit könnten keine Initiativen zur Fusion seitens des Gemeinderates Föritz getätigt werden. Dies bedeute, „dass die Frist für eine freiwillige Fusion nicht mehr eingehalten werden kann“. Mit Verstreichen der Freiwilligkeitsphase könne der Gesetzgeber die drei Gemeinden einzeln einer größeren Kommune zuzuschlagen, befürchtet Schubart.